



BEA Eimsbüttel

Bezirkselfternausschuss
Kindertagesbetreuung

Die gewählte Vertretung der Eltern mit Kindern
In Krippe, Kita, Hort, Schule mit GBS-Nachmittagsbetreuung

Protokoll

von der letzten öffentlichen Sitzung am 12. September 2013

Thema: **Gespräch mit Bezirkspolitikern zum Thema GBS und Fachkräfte(-Mangel?)**

Christian eröffnete die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und gab für die Moderation ab an Frau Lübcke. Diese stellte zunächst die Gäste vor:

Herr Hans-Peter Ewe, SPD, Leiter des Jugendhilfeausschusses Eimsbüttel

Frau Petra Löning, SPD

Herr Klaus-Peter Berndt, Die Linke, Jugendhilfeausschuss Altona

Frau Hannelore Krüger, FDP

Frau Nicole Sieling, CDU, BIZ

Frau Stefanie Wolpert, Die Grünen, Jugendhilfeausschuss Altona

und Herr Henning Feige von den Linken, der im Publikum Platz genommen hatte.

Frau Lübcke nannte als Gesprächsthema des Abends den Fachkräftemangel und die Auswirkungen zum Einen auf die Qualität der frühkindlichen Bildung und im Weiteren auf die Ausstattung der GBS. Sie bat als Einstieg die Gäste um eine Aussage zur Qualität in den Kitas.

Frau Wolpert verwies zunächst darauf, dass die Betreuung der Kitas nicht in den Bezirken angesiedelt sei. Die Fraktion der Grünen in Hamburg habe sich immer für die Qualität in den Kitas eingesetzt. Man hätte seinerzeit statt der Senkung der Kita-Gebühren, die Mittel lieber in die Qualität investiert. Leider habe der SPD-Senat auf Masse statt auf Qualität gesetzt.

Sie sieht die qualitativen Defizite insbesondere bei der Ausbildung von Erziehern. Die Qualität hänge jedoch vor allem vom Betreuungsschlüssel ab und damit am Ende wie immer vom Geld. Die Grünen hätten lieber vor Ort gekuckt, wo z. B. Sprachförderung usw. notwendig ist und nicht Gelder nach dem Gießkannenprinzip verteilt.

Herr Ewe erklärte, dass nach SGB VIII der Jugendhilfeausschuss immer zuständig ist, wenn es um Kinder und Jugendliche gehe. In Eimsbüttel habe man daher z. B. eine Sprachförderungsaktion in den Spielhäuser angeleiert. Leider seien die Bezirke jedoch nicht für die Kita-Aufsicht zuständig, obwohl man dann sehr viel näher dran wäre.

Er berichtete vom Runden Tisch zum Thema „Qualität“, an dem er auf Bitten des LEA teilgenommen hat. Es sei gelungen ein ausgewogenes Qualitätssystem unter Berücksichtigung der Bildungsempfehlungen zu erarbeiten. Gegenwärtig werde die Umsetzung europaweit ausgeschrieben.

Er ging auf die in der Presse bemängelten Punkte ein: Ein 4-Jahres-Zeitraum sei sinnvoll, um den Kitas Gelegenheit zu geben, Anregungen auch umzusetzen. Eine unangemeldete Überprüfung sei hingegen nicht notwendig, da es nicht um die Abfrage von Ist-Zuständen, sondern um die Begleitung der Arbeit gehe. Dafür müssten in den Kitas Zeiträume geschaffen werden. Die personelle Ausstattung in den Kitas sei etwas mangelhaft, was die Umsetzung von Qualitätsmanagement zusätzlich erschwere. Hamburg sei auf einem sehr guten Weg! Bedarf sei jedoch vor allem noch im Vorschulbereich.

Herr Berndt bedauerte, dass es keine formale Möglichkeit für den JHA gäbe, dass die Bezirke mehr Kompetenzen bekämen. Er führte zwei Punkte zur Verbesserung der Kitas an:

1. Sollten Kitas eigene Küchen bekommen.
2. Eine bessere Ausbildung und damit eine bessere Qualität des Personals sei die Voraussetzung für eine gute Arbeit. Hinzu käme, dass die Alterspyramide vermuten lasse, dass man in 10-15 Jahren

auf einen Personalmangel zusteueren, der sich durch die schlechte Bezahlung und das schlechte Ansehen des Erzieherberufes noch weiter verschärfe.

Frau Sieling erwiderte, dass über die Notwendigkeit von Küchen die Meinungen geteilt seien. Beim Kita-TÜV müssten die Kontrollen häufiger sein, am besten schon nach 2 Jahren, und auch ungemeldete Überprüfungen seien notwendig. Man wisse aus eigener Erfahrung, dass Papier geduldig sei. Es sei notwendig Eltern richtig zu befragen und dies auch ungemeldet zu tun.

Frau Lübcke wies darauf hin, dass Kinder meist 4-5 Jahre in der Kita seien. Die Kitakinder heute kämen bei den angeschobenen Verbesserungen zu kurz. Sie stellte die Frage, was sich in den letzten Jahren getan habe und wie es zur Zeit mit dem Fachkräftemangel aussieht.

Herr Ewe meinte, dass die Politiker die Situation beschönigten. Wir hätten einen Fachkräftemangel und die Stadt Hamburg mache sich zur Zeit im Umland unbeliebt, weil Sie gut ausgebildete Erzieher abwerbe. Das Geld dafür, insbesondere für GBS, habe der Senat zum Teil bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit eingespart. Dies konnte mit SAA nur teilweise ausgeglichen werden.

Frau Wolpert ergänzte, dass eine Veränderung der letzten Jahre sicherlich die gestiegene Anzahl an Kitaplätzen sei. Den Fachkräftemangel aus dem Umland zu decken, sei problematisch. Hamburg ziehe vor allem junge Leute an, die nach ein paar Jahren aufgrund von Wohnungsmangel, Familiengründung etc. wieder zurückzögen. Das führe bei uns zu mangelnder Kontinuität und häufigem Personalwechsel.

Frau Lönning berichtete, dass in der Erzieherausbildung nachgebessert worden sei. Es ergäbe sich jedoch ein Verzögerungseffekt, weil erst in 3-4 Jahren die ersten Erzieher ihre Ausbildung nach den neuen Plänen abschließen.

Frau Lübcke verwies auf den 1. Bachelorstudiengang für Frühkindliche Pädagogik an der HAW. Es stelle sich die Frage, ob die Absolventen wirklich an der Basis arbeiten würden. Es sei jedoch ein erster Schritt zur Akademisierung des Berufes, wie es auch von der EU gefordert wird.

Frau Krüger vertrat die Ansicht, dass die Qualität nicht generell schlecht sei. Jeder Erzieher treffe die individuelle Entscheidung, ob er an Fortbildungen etc. teilnehme. Da diese häufig selber finanziert werden müssten, seien bei besserer Bezahlung sicherlich auch mehr zu solchen Maßnahmen bereit.

Außerdem dürfe es künftig keine Schließzeiten mehr an Kitas geben. Die Eltern seien sonst schon weit vor der Schulzeit Ihrer Kinder gezwungen, in den Ferien Urlaub zu nehmen. Sinnvoll sei hingegen die Bitte von einigen Kitas, die Kinder zwei Wochen am Stück aus der Kita zu nehmen.

Auch Kinder brauchen Urlaub von der Kita!

Herr Jens Kasten (Betriebsrat und GEW Fachbereich „Erzieher“) wies auf die 4- bzw. 5-jährige Ausbildung ohne Bezahlung hin. Es sei höchstens möglich Bafög zu beantragen. Für den Bachelor in Frühpädagogik müsse man Erzieher sein und dann noch sein Studium selber finanzieren. Dann sei fraglich, was man nach dem Studium für ein Gehalt erhalte. Das Tariffsystem sehe noch gar keine studierten Erzieher vor.

Roland Prieß (Linke) meinte, dass der Betreuungsschlüssel in der Krippe dringend verbessert werden müsse. Dies sei bereits 2009 für 2011 vorgesehen gewesen. Das Thema müsse jetzt noch vor 2015 (nächste Bürgerschaftswahl) angegangen werden. Er verwies auf die Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Frage der tatsächlichen Betreuungsschlüssel nach Berücksichtigung von Ausfallzeiten etc.

Hingegen halte die Linke den Kita-TÜV alle 4 Jahre für ausreichend. Ergänzend hätten sich die Verbände auf ein Zertifizierungsverfahren verständigt, welches alle 2 Jahre erneuert werden müsse.

Frau Lübcke leitete über zum Thema GBS und Fachkräftemangel.

Herr Ewe bestritt Frau Lübckes These, dass GBS und die Qualität in den Kitas hinsichtlich der Finanzierung gegeneinander ausgespielt würden. GBS sei eine vernünftige Sache; die SPD habe sie angeschoben und dafür müsse man nun Geld in die Hand nehmen. Es stelle sich die spannende Frage, ob die Kinder- und Jugendarbeit künftig zurückgedrängt werde.

Eine weitere Frage sei, wie viele Kinder an GBS teilnahmen und ob das nachmittägliche Angebot für die Kinder interessant sei. Die Kinder sollten nicht nur beschäftigt werden, sondern auch ihre schulischen Kompetenzen sollten gefördert werden, sonst könnten die Kinder auch einfach zum Sportverein o. ä.

gehen. In ca. 1 ½ Jahren sehe man, wie es läuft. Der JHA Eimsbüttel sehe es als seine Aufgabe an, dann kritisch hinzusehen.

Ein Elternvertreter des Gymnasiums Altona meldete sich zu Wort und fragte nach, wieso für GBS angeblich Geld ausgegeben werde. Bei Ihnen habe sich ein Träger für die nachmittägliche Betreuung der 5. und 6. Klassen gefunden. Dieser Träger stehe jetzt vor der Insolvenz, weil die Gelder von der Stadt einen Betreuungsschlüssel von errechneten 1:39 vorsähen und außerdem von der Behörde keine Zahlung an den Träger erfolge.

An vielen Gymnasien gäbe es gar keine Einrichtungen. Die Schüler würden für die Nachmittags- und Ferienbetreuung an die Grundschule verwiesen, die darauf überhaupt nicht eingerichtet seien.

Frau Lübcke ergänzte, dass dies die Komplexität des Themas verdeutliche.

Frau Löning stellte klar, dass mit GBS zunächst immer nur die Grundschulen gemeint seien. Dort sei das Geld auch hingegangen.

Von der Struktur her unterschieden sich Grundschulen und die Betreuung von 5. und 6. Klassen sehr. An Gymnasien laufe der Unterricht sehr viel länger. Es gebe zur Zeit sehr unterschiedliche Ansätze in den einzelnen Schulen für die Betreuung. Die GBS an den Grundschulen sei eine Vorform. Obwohl sich alle pädagogisch Interessierten einig sei, dass eine ganztägliche Schule kommen müsse, habe man zunächst GBS eingeführt, weil die Eltern dies so wollten. Man müsse sehen, wie die Entwicklung bei GBS werde.

Frau Wolperte erzählte, dass der JHA Altona wg. baulicher Maßnahmen gerade am Gymnasium Altona gewesen sei und im Zuge dessen eher zufällig von der Problematik mit dem Träger gehört habe.

Man habe zunächst die Unterschiede zwischen den Anforderungen in den einzelnen Stadtteilen nicht berücksichtigt und angenommen, dass überall die gleichen Schlüssel funktionieren. Die Verhältnisse und Anmeldezahlen seien aber z. B. in Othmarschen und Ottensen sehr unterschiedlich. Hier sei noch nicht ausreichend nachgebessert worden.

Im Fokus müsse außerdem stehen, dass der Jugendhilfebereich nicht untergehe, sondern frühzeitig begonnene werde ihm mit GBS zusammen zu bringen.

Frau Sieling empfahl mit dem Elternbeirat direkt an den Senator heran zu treten. Das direkte Gespräch sei im Einzelfall manchmal eine Möglichkeit zeitnah eine Problemlösung zu finden.

Außerdem würden zur Zeit die Räume in den Schulen neu bestimmt werden und die Räume für Schule und GBS zum Teil auch noch kleiner werden. Ein Beispiel sei das Gymnasium Dörpweg. Hinzu komme, dass die Inklusion ebenfalls mit dem Problem mangelnder Räume zu kämpfen habe.

Frau Lübcke meinte daraufhin, dass das Thema GBS ein riesiges Feld sei, bat jedoch beim Thema Fachkräftemangel zu bleiben.

Christian wies darauf hin, dass dies der Grund für den heutigen Abend sei: weil es um dringende Probleme gehe. Es sei geradezu zynisch, dass viele sich neue Räume wünschten, aber keine Erzieher da seien um die Räume zu besetzen. Der BEA/LEA könne jedoch nur etwas tun, wenn er entsprechend informiert sei. Er rief daher alle Eltern auf, sich beim BEA/LEA (info@bea-eimsbuettel.de) zu melden.

Annette berichtete von einem Treffen für Erzieher und Leitungsebene bei dem sich überall ein großer Mangel gezeigt habe.

Ein Elternteil aus dem Publikum erzählte, dass es an der Loki-Schmidt-Schule seit einem Jahr GBS gäbe. Die GBS unterlaufe die für die Horte vereinbarten Qualitätsstandards. Es sei keine Zeit noch ein Jahr zu warten. Wenn Herr Rabe erstaunt sei über die vielen Anmeldungen, sei das unglaublich. In Berlin hat man bei der Einführung einer nachmittäglichen Betreuung bereits festgestellt, dass die Anmeldezahlen weit höher waren als erwartet. Hamburg habe daraus nichts gelernt.

Thorsten bedauerte, dass es keinerlei Einführung von Erziehern, Kindern oder Eltern gegeben habe. Jetzt seien auch noch die Quadratmeterzahl pro Kind für die Schulen geändert worden, so dass wieder viele Bauvorhaben aufgeschoben seien. An der Grundschule Kielortallee führe das dazu, dass erneut alle Baupläne überarbeitet würden.

Oliver erwähnte, dass es an ihrer Schule viel zu wenig Spielzeug gäbe. An Nachmittag fehle die Verpflegung für die Kinder und Wasser zum Trinken würde aus dem Wasserhahn geholt. Die Zustände seien für viele Eltern so bedenklich, dass es für die Herbstferien bereits viel zu wenig Anmeldungen gäbe, um eine ordentliche – und finanziell tragbare – Ferienbetreuung zu organisieren.

Aus dem Publikum kam die Anmerkung, dass die mangelnde Betreuung dazu führe, dass viele Kinder nicht einmal den Hauptschulabschluss erreichten. Dann sei Ihre Versorgung sehr teuer. Es sei viel besser in frühe Förderung zu investieren.

Herr Ewe erzählte, dass bei einer Anhörung mit Trägern und Schule nur sehr wenige gekommen seien und die soeben geschilderten Probleme wären nicht auf den Tisch gekommen. Die Eltern mögen sich an den JHA über das Amt für Jugend in Eimsbüttel wenden. Der JHA habe die Möglichkeit einen Beschluss im Bezirk zu initiieren. Der JHA müsse jedoch ein Gesamtbild der Probleme haben.

Eltern dürfen Herrn Ewe gerne direkt eine Email senden an Hans-Dieter.Ewe@gmx.de.

Frau Krüger fragte, da die Anmeldungen schon im Februar gewesen seien, wieso der Senat jetzt überrascht sei? Frau Lübcke konstatierte, dass die Politik zu spät reagiere. Frau Krüger fügte an, dass die Kinder jetzt direkt betroffen seien.

Frau Lübcke fragte nach der strukturellen Ebene um zu einer Lösung für die Probleme zu kommen.

Herr Berndt meinte, dass das Strukturproblem ein Finanzproblem sei. Der Senat müsse (unabhängig von den Parteien) Geld in die Hand nehmen. Wenn sich alle Beteiligten einig wären, dass die Kinder unsere Zukunft seien, würde damit anders umgegangen werden!

Herr Kastner erinnerte daran, dass man ursprünglich statt mit 20 % Hortkindern mit 40 % der Kinder für GBS gerechnet habe. Es hätten sich dementsprechend Einsparungen durch die Nutzung der vorhandenen Schulräume ergeben. Trotz der weit höheren Anmeldezahlen, seien keine weiteren Gelder bereit gestellt worden. 17,5 Erzieherwochenstunden für eine Gruppe reiche nicht auf für Gespräche, Elternabende etc.

Annette berichtete, dass sie an der GTS Teichwiese aufgegeben haben, weil das so nicht finanzierbar war. Es gäbe von der Behörde auch keinerlei Vorabfinanzierung für die Planung. Für GBS ließen sich keine Erzieher finden, weil die Arbeitszeiten zu ungünstig seien.

Die Behörde hat für jede Schule 38.000 € für Raumgestaltung/Möbel/Spielzeug vorgesehen. Annette stellte die Frage, wofür das Geld ausgegeben wurde und wo man dies erfragen könne.

Frau Sieling berichtete von Problemen bei der Inklusion, weil z.B. ein Sozialpädagoge nicht am Vormittag und Nachmittag die Betreuung übernehmen könne, da es sich um verschiedene Arbeitgeber handele.

Sie warf die Frage auf, ob man den Schlüssel beim Kind/Lehrer-Verhältnis nicht wieder erhöhe könne um damit Mittel für Pädagogen für die Inklusion zu haben. Die Lernwirkung liege nachgewiesener Maßen nicht an diesem Schlüssel. Die Herabsetzung seien Wahlgeschenke sowohl von CDU und den Grünen als auch der SPD gewesen.

Frau Lübcke fasste zusammen, das es an viele Ecken und Ende Probleme gäbe, z. B. Räume oder Inklusion, die man heute gar nicht weiter hätte vertiefen können. Es sei aus verschiedenen Richtungen schon im Vorfeld von GBS gewarnt worden, wo Probleme lägen, aber leider sei das Kind jetzt an vielen Stellen in den Brunnen gefallen. Die Frage sei, was weiter passiert? Was können wir machen? Die Politik bräuche Rückmeldungen von den Eltern und den Schulen.

Frau Sieling wies darauf hin, dass man sich direkt an die Bezirksversammlung und dort an den Ausschuss für Bildung, Integration und Sport wenden könne.

Frau Wolpert schlug den Eltern vor an den Lokalen Bildungskonferenzen teilzunehmen. Dies sei ein guter Ort um sich im Stadtteil auszutauschen und Gleichgesinnte zu finden. Sie ergänzte, dass der JHA Altona ebenso angesprochen werden könne – wie von Herrn Ewe für Eimsbüttel beschrieben.

Herr Ewe versicherte abschließend, dass wenn der JHA eine Sache in die Bezirksversammlung bringe, dies vom Senat nicht in den Papierkorb getan werde.

Frau Lübcke dankte den Gästen und Christian schloss die Sitzung. Die weiteren Tagesordnungspunkte wurden vertagt.

Danach fand im kleinen Rahmen noch eine Kurzbesprechung zum weiteren Vorgehen beim Thema „GBS“ statt, da dieses Thema offenbar für erheblichen Unmut bei vielen Eltern gesorgt hat. **Interessierte Eltern können sich bei Fragen und Problemen zu GBS an den BEA/LEA (info@bea-eimsbuettel.de) wenden.**

Protokolliert für den BEA Eimsbüttel von Kirsten